

Idyllisch sieht es aus. Saftige, grüne Wiesen sind umsäumt von hohen Bäumen. Das Areal ist ein Eldorado für Pflanzen und Tiere. Einzig große, graue Behälter, die den Weg in festen Abständen säumen, stören die Idylle ein wenig. „Achtung Deponiegas – Explosionsgefahr“ steht darauf. Davor steht ein Schild mit sämtlichen Gefahrenzeichen. Ein Zeugnis davon, dass das Gebiet neben dem Kreisbauhof nicht immer nur eine blühende Wiese war und vor 30 Jahren sogar zwei Bürgerinitiativen hervorgebracht und ein Dorf in Aufruhr versetzt hatte.

Agnes Rahn gehört zu den Kienbergern, die die Wiese noch gut als Mülldeponie vor Augen hat. Von Anfang an war sie in den Kampf gegen die Deponie, der sich heuer zum 30. Mal jährt, involviert. 2006 hat sie für das Heimatbuch der Gemeinde Kienberg einen Beitrag darüber verfasst. Ihre Quellen waren Gutachten, Zeitungsberichte, Dokumente des Landratsamtes und viele Schilderungen der Beteiligten. Das Geschehen ließ sie nun, anlässlich des Jubiläums, bei einem Treffen mit einigen Mitstreitern von damals Revue passieren. Gemeinsam trugen sie noch einmal zusammen, wie sich alles abgespielt hatte.

Sehr strenge Jahre seien das damals gewesen, erinnerte sich Rahn. Auf der Straße Richtung Holzhausen, kurz nach der Mörnbrücke, lag auf der linken Seite eine ehemalige Kiesgrube, die als gemeindliche „Graffegruam“ genutzt wurde. Alles sei damals dort gelegen. Reifen, Batterien, Autoteile, Firmen entsorgten dort ihre Abfälle. Im Laufe der Zeit habe die Grube auch den Müll umliegender Gemeinden und Firmen aufgenommen. Ab 1984 sei sie zur Deponie für den gesamten Landkreis geworden. Nach Grundwasseruntersuchungen erfolgte 1986 die offizielle behördliche Schließung der Deponie.

Bereits im November 1987 seien im Gasthof „Zur Post“ aber die Pläne für eine geplante Sanierung vorgestellt worden. „Das Konzept sah eine Aufschüttung und Überhöhung des Geländes mit weiteren 300 000 Kubikmetern Müll vor“, so Josef Beutrock. Das habe viele Kienbergerstutzig werden lassen.

Initiiert von Sepp Daxenberger gründete sich unter der Leitung von Hans Urbauer, seit 2008 Bürgermeister von Kienberg, im März 1988 eine Bürgerinitiative gegen die Deponie. „Der harte Kern waren in etwa zwanzig bis dreißig Aktive“, so Agnes Rahn. Diese hätten unter anderem Zeitungsartikel und Leserbriefe geschrieben, Postwurfsendungen entworfen, Unterschriften gesammelt, Kontakte zu Behörden, Parteien und Organisationen aufgenommen, sowie Rechtsanwälte beauftragt. „Intern galt es viel Überzeugungskraft bei vielen Bürgern in der Gemeinde zu leisten“, so Inge Schiebl. Viele seien der Meinung gewesen, dass jegliche Abwehr umsonst wäre, weil schon alles beschlossene Sache sei. Dennoch: Der Widerstand gegen diese Art der Sanierung wurde größer und viele Widersprüche gingen bei den Behörden ein. „Auch die Gemeinde sprach sich mittlerweile gegen die Planungen aus und unternahm wichtige Schritte“, erzählte Josef Edtbauer beim Treffen.

In diese Zeit, in der man sich auf den Erörterungstermin mit den übergeordneten Behörden vorbereitete, platzte eine weitere Bombe. Urbauer erinnert sich in der Versammlung daran, dass ihm damals Unterlagen zugespielt worden seien, aus denen hervorging, dass Kienberg mit zwei weiteren möglichen Standorten für neue Deponien im sogenannten „Steinmaßgutachten“ von weiteren jahrzehntelangen Müllablagerungen bedroht war.

Es folgte eine Zeit von Protesten, politischen Aktionen und Versammlungen. Und es wurde eine zweite Bürgerinitiative gegründet: „Depo-Nie, Müll-Skandal nicht noch einmal“. Die Mitglieder waren zum Großteil dieselben Leute, die sich gegen die Sanierungsform der Altdeponie engagierten, aber auch viele, die neu dazukamen, so Rahn. Unter anderem hätten die Mitglieder eine große Plakataktion gestartet, es habe ein Mahnfeuer am Pfarrerberg und viele Informationsabende gegeben. Mütter mit kleinen Kindern hätten an

der Mehrzweckhalle protestiert. „Am meisten Aufsehen erregte die Protestaktion eines Busses voller Kienberger mit Transparenten bei einer Sitzung des Kreistages zu diesem Thema in Traunstein“, so war man sich in der Versammlung einig.

In diese Zeit sei der entscheidende Anhörungstermin der Regierung von Oberbayern über die Widersprüche zur Sanierung der Altdeponie durch weitere Mülldeponierungen gefallen. Verantwortliche aus Regierung und Fachbehörden sowie privat engagierte Fachleute seien zusammengekommen, zum Teil von der Gemeinde bezahlt, zum Teil aus der privaten Kasse der Aktiven. Auch der Rundfunk war eingeschaltet. Kurz zusammengefasst, so Rudi Rahn, endete der Anhörungstermin mit einem großen Sieg für die kleine Gemeinde. „Das war zwei Hauptgründen zu verdanken: wasserwirtschaftlichen Bedenken und dem rechtlich ungeklärten Status der Deponie.“ War sie nämlich 1986 offiziell geschlossen worden, so war die Sanierung sozusagen als Neueröffnung zu sehen mit wesentlich höheren Sicherheits- und Umweltstandards, erklärte er.

Doch das Engagement der Kienberger ging weiter. „Wir hatten keine Chance, aber die haben wir genutzt“, so beschrieb Hans Urbauer die Folgezeit in der Versammlung. „Viele Bausteine wurden zusammengetragen, die dazu geführt haben, die Pläne des Landkreises zu kippen“, erinnerten sich die Aktiven von damals. Zum Beispiel habe die Gemeinde zwei Gutachten in Auftrag gegeben, eines, das die Gewichtung und Auswahl der Standortfaktoren für eine neue Deponie in Frage stellte und eines, das die Geologie und Hydrologie zum Inhalt hatte. Eine enorme, vielleicht die entscheidende Schlagkraft hätten die nach Berichten von Einheimischen erstellte Kartierung der „Donnerlöcher“ gehabt. Im Volksmund werden sie so genannt, weil es sich um plötzlich auftretende Erdenbrüche im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte handelt, oft nach größeren Unwettern, erklärte Agnes Rahn.

Im April 1990 sei dann die erlösende Nachricht gekommen: Kienberg fällt aus dem Kreis der möglichen Standorte heraus. Die Altdeponie wurde daraufhin vorbildlich mit internem Material saniert und ist heute ein Rückzugsort für seltene Tiere und Pflanzen.

Wenn auch auf dem Areal der Deponie kaum mehr etwas an die damalige Zeit erinnert, so zeugt doch ein Umweltmahnmal im Dorfzentrum davon. Der akademische Bildhauer Walter Wohrizek aus Stockham hat es geschaffen. „Es soll für immer an diese brisante Zeit erinnern“, sagte Herbert Schiebl. Und auch die Mitglieder von damals haben ihr Engagement nicht ad Acta gelegt. Viele engagieren sich heute noch in der Kommunalpolitik oder haben sich in Arbeitskreisen zum „Besseren Müllkonzept“ eingebracht.

Die Anwesenden der kleinen Erinnerungsfeier sagten, der Einsatz für die Gemeinde habe sich gelohnt „und es heißt für die Zukunft, weiterhin wachsam gegenüber Fehlentwicklungen zu bleiben“, so Rahn. Einige der zahlreichen Mitstreiter und Unterstützer, ohne die alle späteren Erfolge nicht möglich gewesen wären, sind bereits verstorben. Ihnen gedachten die Mitglieder in einer Schweigeminute. Sie galt unter anderem Sepp Daxenberger, Fritz Lindenberg, Albert Freimooser, Leonhard Maier sen. und Martha Aigner.



Zum Bild:

Ein Teil der Aktiven von damals:

Sitzend von links: Inge Schiebl, Rudi Rahn, Gerhard Weiße, Resi Aigner.

Mittlere Reihe von links: Herbert Schiebl, Viktoria Aigner, Leo Oster, Hans Urbauer, Margarete Leitner, Josef Edtbauer, Josef Beutrock, Viktoria Arnold, Peter Schuler.

Obere Reihe von links: Hans Stalleicher, Maria Lederer, Agnes Rahn, Ingrid Spirkl, Hans Leitner, Sepp Arnold.